

Sozialarbeit

Kuß mir die Stiefel

Sozialarbeiter sind in Verdacht geraten, die Distanz zu rechtsradikalen Jugendlichen zu verlieren.

Die große, schwarzhaarige Frau löste sofort Aggressionen aus. „Judensau“, schallte es durch den Dresdner Jugendklub Espe. „Ich wüßte, was man mit dir machen sollte“, rotzte ein Skinhead und fuhr sich mit der Hand über die Kehle.

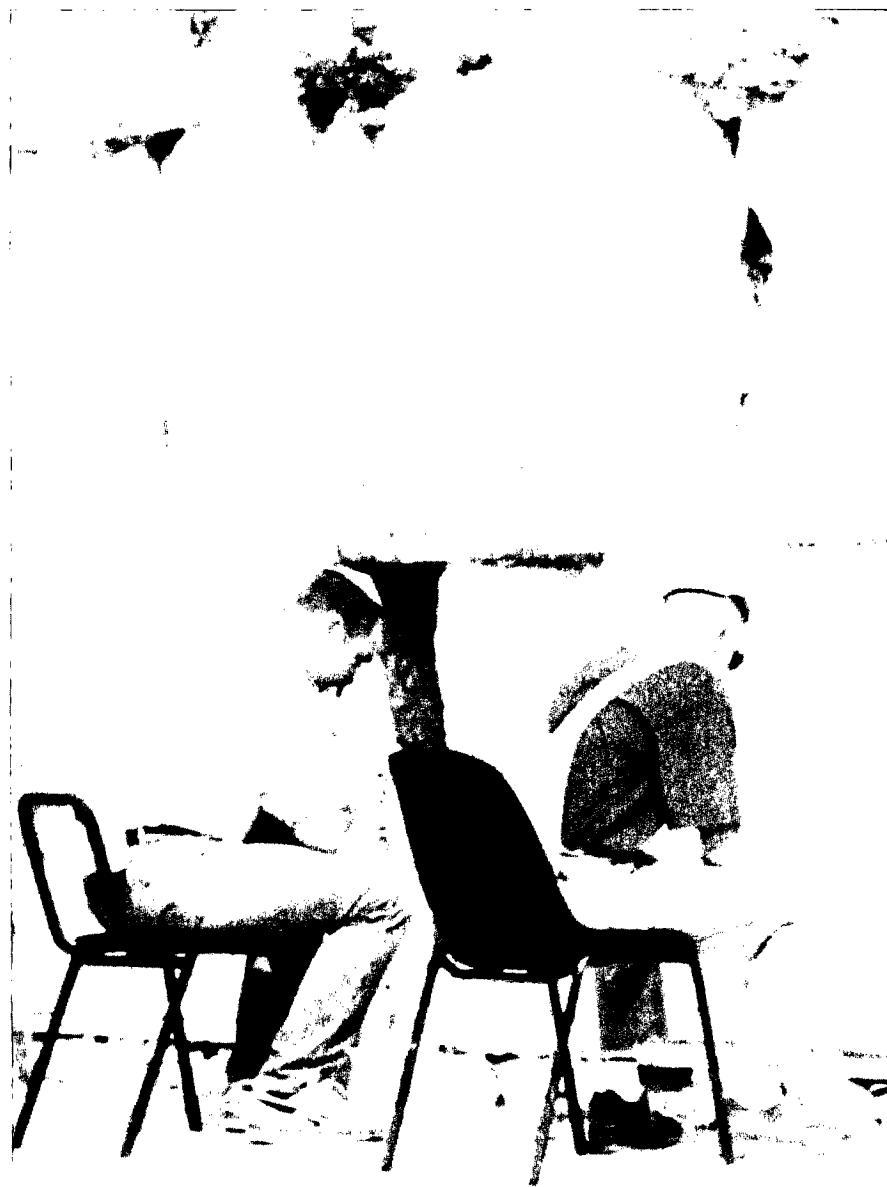
Bei Worten blieb es nicht.

Eine kahlgeschorene junge Frau schüttete dem Haßobjekt Bier über den Kopf, eine andere drückte ihre glühende Zigarette am Hals des Opfers aus. Die Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, Marita Schieferdecker-Adolph, 48, bangte um ihr Leben: „Das waren Monster, keine Menschen.“

Auf eine Strafanzeige verzichtete sie. Erst als der Zwischenfall am Montag vergangener Woche publik wurde, weil die rechtsradikalen Angreifer anschließend noch randalierend durch Dresden



Skin-Opfer Schieferdecker-Adolph: „Keine Menschen“



Dresdner Skins an Jerusalemer Klagemauer: „Glatzenpflege auf Staatskosten“

und Radebeul gezogen waren und Passanten genötigt hatten, ihnen die Stiefel zu küssen, nahmen Polizei und Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf. In der Zeugenvernehmung nannte die angegriffene Sozialarbeiterin den Grund für ihre Zurückhaltung: „Ich will Projekte mit rechtsorientierten Jugendlichen nicht behindern.“

Ihre Quälgeister waren nämlich auf Staatskosten aus Düsseldorf in den Osten gereist, um dort Gleichgesinnte nach deren Erfahrungen auf einer Israel-Reise zu befragen. Der Trip ins Heilige Land (SPIEGEL 43/1993) Ende Oktober, wo die Glatzen mit der jüdischen Gebetskappe, der Kippa, zur Klagemauer zogen, war ebenfalls aus öffentlichen Mitteln finanziert worden. Organisatorin Schieferdecker-Adolph wurde danach bundesweit kritisiert.

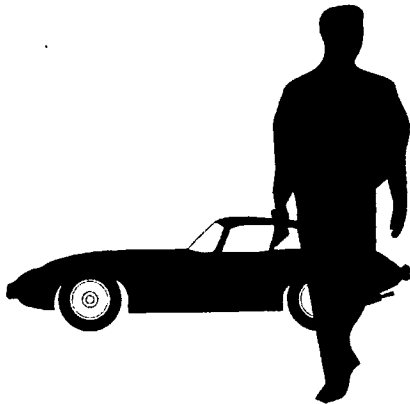
Der Zwischenfall im Dresdner Jugendklub entfachte aufs neue die Diskussion über Sinn und Unsinn staatlich subventionierter Reisen für Skins, Hooligans und Neonazis. „Die Düsseldorfer sollten uns lieber Leihbeamte schicken statt Rechtsradikale“, empörte sich der sächsische Kultus-Staatssekretär Wolfgang Nowak (SPD).

Ins Zwielficht geriet auf diese Weise die ohnehin schwierige Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Zwar bestreitet kaum ein Experte, daß Sozialarbeit gerade mit dieser Klientel notwendig ist. Aber allerorten mangelt es an Konzepten; Erfahrungen müßten, so der Berliner Sozialwissenschaftler Reinhard Koch, 49, „on the project“ gesammelt werden.

Dabei zeigt sich, daß die „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Die Zeit) weitaus schwieriger ist als die Organisation von Lichterketten gegen rechte Gewalt – obwohl staatliche Zuschüsse für die Skin-Projekte zur Verfügung stehen. 20

Kaufkraft

Keine der 143 in der MA 93 ausgewiesenen Zeitschriften hat einen höheren Anteil von Spitzenverdienern unter ihren Lesern als manager magazin.



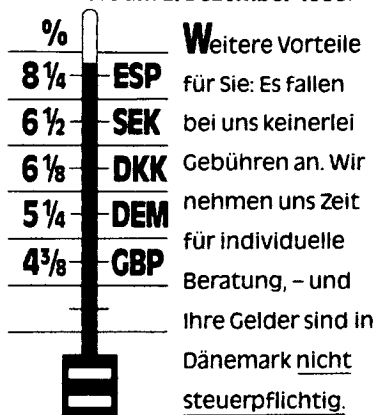
Weitere Informationen können bei manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 11 10 53, 20410 Hamburg, Telefon (040) 30 07-2475, angefordert werden.

manager magazin

Im Dialog mit Entscheidern

Ihr Festgeld-Barometer.

Zinssätze am 2. Dezember 1993:



Näheres erfahren Sie durch einen kostenlosen Anruf unter der Nummer **0130 810 751** oder durch Einsenden des Coupons.

Name _____

NR 51

Adresse _____

Bank of Copenhagen

Østergade 4-6, DK-1100 Kopenhagen K. Fax 0045 33 93 77 14.

DEUTSCHLAND

Millionen Mark fließen jährlich aus dem Haus der christdemokratischen Bonner Jugendministerin Angela Merkel in das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (Agag). Quasi im „Großversuch“ (Merkel) werden damit – ausschließlich im Osten Deutschlands – Jugendklubs renoviert, Wohngemeinschaften finanziert, aber auch rechte Schläger auf Reisen geschickt.

Erfolge sind schwer meßbar. Ist es ein Fortschritt, wenn Ex-Neonazi „Locke“, 20, heute auch allein sein Berliner Viertel Lichtenberg verläßt, nicht nur in der schützenden Gruppe? Oder wenn er nur noch rechte Sprüche schwingt, nicht mehr den Baseballschläger?

Lockes Betreuer, der Diakon Michael Heinisch, 29, will den Jugendlichen beibringen, „was man außer Saufen und Zuschlagen sonst noch so auf der Welt machen kann“. Heinisch war wegen seiner Arbeit unter Rechtsradikalen (SPIEGEL 41/1993) lange Zeit von anderen linken Sozialarbeitern angefeindet worden. Neuerdings indes gilt es unter Sozialpädagogen fast schon als schick, sich mit Rechten zu beschäftigen – so wie früher mit Drogensüchtigen.

Ähnlich wie auf der Drogenszene ist auch bei der Arbeit mit Rechtsradikalen die Grenze zwischen Hilfeleistung und Kumpanei fließend. Nicht einmal über grundsätzliche Richtlinien sind sich Sozialarbeiter, Streetworker, Jugendforscher und Psychologen einig.

Zwar wird immer wieder das Prinzip der Gewaltfreiheit beschworen. Als aber auf einer Sozialarbeitertagung in Dresden Anfang des Monats über das „Verhältnis zur Illegalität“ gesprochen werden sollte, schien das Thema einigen so heikel, daß sie den Ausschluß der Öffentlichkeit durchsetzten.

In den mit Steuergeldern geförderten Klubs dürfe es weder „rechtsextremistische Propaganda“, etwa Plakate und Aufkleber, noch „Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen“ geben, fordert Ministerin Merkel. Der Mecklenburger Agag-Berater Tim Kunstreich dagegen hält Symbole für „unwichtig“.

Das Düsseldorfer Skin-Projekt war schon vor dem Dresdner Eklat in die Kritik geraten: Rechtsradikale Organisationen könnten sich dort ungestört an die Jugendlichen „heranmachen“, bemängelte eine „Arbeitsgruppe Neonazismus“ der örtlichen Fachhochschule.

Der Besuch in Dresden jedenfalls war schlecht vorbereitet. Daß teilweise vorbestrafte, gewaltbereite Skinheads anreisen würden, war den Gastgebern nicht mitgeteilt worden. Der älteste Teilnehmer war Stefan Rasche, 24, Mitbegründer und Saalschützer der Skinhead-Kultband „Störkraft“.

Dem Angriff auf die Ausländerbeauftragte sahen die drei völlig überforderten Begleiter der 14köpfigen Gruppe ta-

tenlos zu. „Die konnten wohl nicht nein sagen“, kommentiert die Sozialarbeiterin Schieferdecker-Adolph das Verhalten ihrer Düsseldorfer Kollegen.

Selbst kann sie's wohl auch nicht immer. Bei der Auswahl der Teilnehmer an der Reise zu den „schönen Menschen“ (Schieferdecker-Adolph) nach Israel verzichtete sie auf Fragen nach der Parteizugehörigkeit. Die Jugendlichen hatten es so verlangt. So konnte auch der Gauleiter der Wiking-Jugend, Frank Kaden, teilnehmen, obwohl die Veranstalterin „zunächst Angst vor ihm“ hatte.

Um Gelder aus einem Fonds für jüdische Einwanderer anzapfen zu können, durften als Staffage sechs Dresdner Jüdinnen und Juden mitreisen. Daß zu ihnen ausschließlich männlichen Reiseg-

„Die sind so verunsichert, daß neue Erfahrungen möglich werden“

fährten auch ideologisch gefestigte Neonazis gehören sollten, kam erst beim einzigen Vorbereitungstreffen, eine Woche vor Reiseantritt, zur Sprache.

Teilnehmerinnen, die während der Fahrt bedroht worden waren, litten an Angstzuständen. „Ich hatte nicht vor, Menschen zu mißbrauchen“, verteidigt sich Schieferdecker-Adolph.

Das glauben viele in Dresden, wo das Engagement der Ausländerbeauftragten hohes Ansehen genießt. Die Sozialarbeiterin, selbst Abkömmling von Zigeunern und Hugenotten, hatte nach dem Tod des Mosambikaners Jorge Gomondai, der im April 1991 von Dresdner Skins getötet worden war, Kontakt zu Rechtsradikalen aufgenommen und sich in zäher Arbeit den Respekt der Jugendlichen erworben.

Fachleute halten jedoch das pädagogische Konzept der Ausländerbeauftragten für falsch, quasi per Schocktherapie im Ausland ihre Klientel zu läutern. „Die Annahme, wer die Welt kenne, sei gegen Rassismus gefeit“, meint der Jugendforscher Eberhard Seidel-Pielen, „ist grober Unfug.“

Auch Agag-Berater Koch aus Berlin lehnt Bekehrungsreisen in die Länder der Nazi-Opfer ab. Mit Jugendlichen aus dem Osten einfach mal nach Köln zu fahren, das hat der Wissenschaftler erlebt, erfüllte dagegen seinen Zweck: „Im Westen sind die so verunsichert, daß neue Erfahrungen möglich werden.“

Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner hat seiner Ausländerbeauftragten die Organisation von Reisen bis auf weiteres verboten. Dennoch träumt sie schon von einer weiteren Fahrt mit ihren Schutzbefohlenen.

Diesmal soll es nach Auschwitz gehen. □